

Sozialökonomische Aspekte des Demographischen Wandels in ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts

In den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts wird der allgemeine Demographische Wandel seit Jahrzehnten von lang anhaltenden, selektiven Abwanderungen überlagert. Das führte zu einer besonders tiefgreifenden, komplexen und nachhaltigen demographischen Erosion. Die Bevölkerungsentwicklung wurde damit von der Wirkung zur Ursache, vom Indikator zum Katalysator und in ländlichen Regionen zum dominanten Merkmal.

Die sozialökonomischen Effekte diesbezüglich grenzwertiger Existenzbedingungen betreffen die Anforderungen an die öffentliche Daseinsvorsorge zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen, die Arbeitswelt und auch die individuelle Ebene. Sie äußern sich in der Herausbildung einer Residualbevölkerung, in beachtlichen Tragfähigkeitslücken der sozialen und technischen Infrastruktur, auf dem Arbeitsmarkt, in Veränderungen der sozialen Netze sowie in einer latenten räumlichen Konzentration von Armut.

Die Veränderungen im demographischen Kontext verlaufen im gesamten Osten Deutschlands schneller, als die Gesellschaft in der Lage ist, damit angemessen umzugehen. Sachsen-Anhalt ist durch seine besonders hohe Dynamik der Entwicklung quasi eine Art Beobachtungslabor des Demographischen Wandels, wo studiert werden kann, was andere europäische Regionen noch erwartet. Die deutlichsten Kennzeichen der ländlichen Residualbevölkerung sind eine beschleunigte Überalterung der Bevölkerung, ein erhebliches Defizit an Frauen im Alter von 18 bis 35 Jahre sowie Defizite in der Qualifikation der sesshaften Gruppen der Bevölkerung. Die Frage nach der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Abwanderungsgebiete ist dabei von vorrangigem Interesse.

Arbeitsthese: Demographische Investitionen migrationeller Quellräume sind als Leistungen zu würdigen. Die ökonomischen Verluste durch Abwanderungen sowie ihre Bedeutung für die Zielgebiete sind aus heutiger Sicht zu bewerten. Daraus abgeleitete Aussagen könnten regionale Transfers begründen, politische Entscheidungen zur Regionalentwicklung stützen und ausgewählte strategische Überlegungen befördern.

Die wissenschaftliche Durchdringung des Themas setzt bei grundlegenden Defiziten in der Fachdisziplin Demographie an. Kleinräumliche Parameter der Bevölkerungsstrukturen, Interdependenzen von natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen sowie moderne Indikatoren zur Beschreibung der Dynamik der Bevölkerungsprozesse sind zur Erklärung und Bewertung der bisherigen Entwicklung z. T. völlig neu zu entwerfen.

Arbeitsthese: Das betrifft insbesondere die Scherung und die Segregation sozialer Gruppen mit differenzierten demographischen Verhaltensnormen, die zur Herausbildung einer Residual-Fertilität bzw. Residual-Mortalität führen dürften. Diese Themen fehlen bislang in der bevölkerungswissenschaftlichen Literatur. Zudem veränderte sich in knapp 15 Jahren im gesamten Bundesland die Generationenfrequenz. Das bietet die Chance, den „Tempoeffekt“ von Fertilität und Mortalität nach Bongaarts und Feeney in ihrer Bedeutung für regionalisierte Bevölkerungsprognosen zu überprüfen. Die dafür nötigen umfangreichen statistischen Arbeiten sollten bis Herbst 2011 abgeschlossen sein.

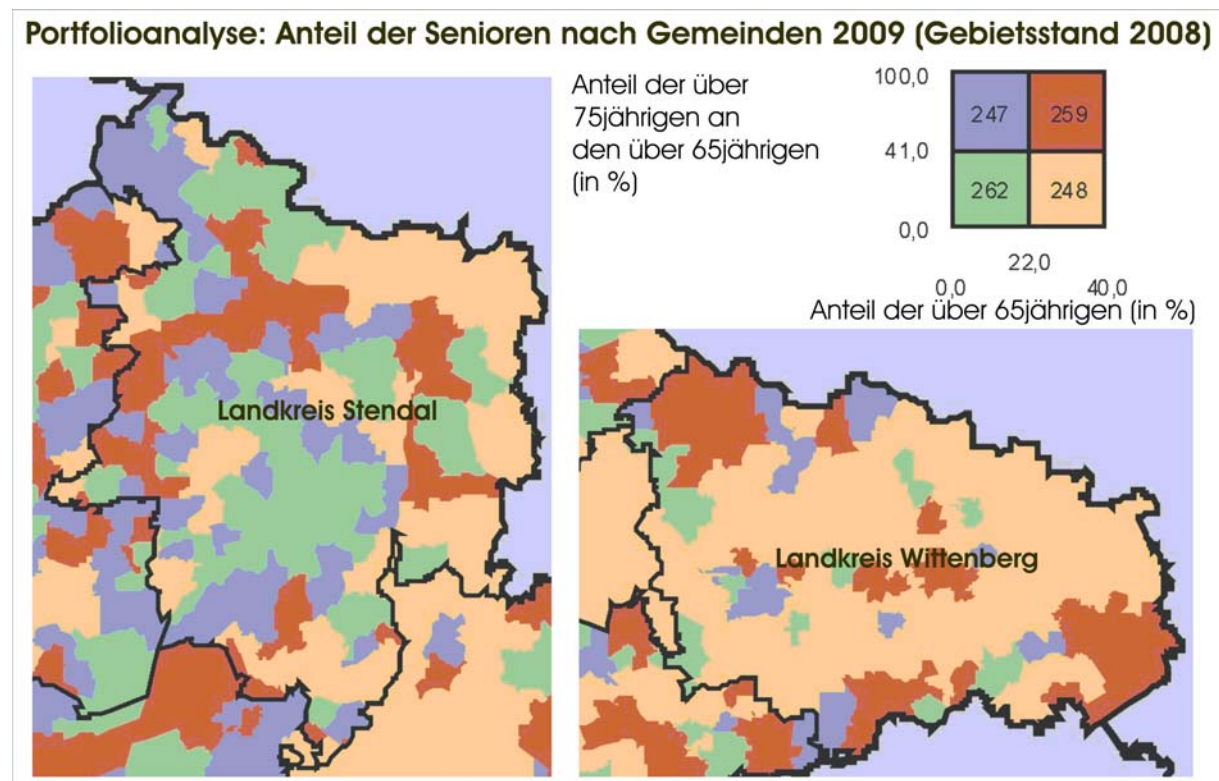
Im Ansatz des IAMO wurde von Beginn an die besondere Rolle der Produktionsstruktur und der Arbeitswelt für das Funktionieren ländlicher Räume betont. Darum liegt ein Fokus der Analysen auf der Stellung der Landwirtschaft und ihrer kleinräumigen Verflechtungen. Viele ländliche Räume haben einen forcierten Rückzug infrastruktureller Angebote zu ertragen. Die Landwirtschaft ist vielfach die einzig verbleibende aktive Struktur in den Dörfern. Darum soll der Zusammenhang von demographischem und agrarstrukturellem Wandel empirisch vertieft analysiert werden, um diesbezügliche sozialökonomische Effekte auf ländliche Standorte und Räume aufzudecken. Ziel dieser Untersuchung ist u. a. die Ergründung von Potentialen, die in der Landwirtschaft für die Aufrechterhaltung der Grundversorgung ruhen.

Arbeitsthese: Die organisatorische Grundstruktur der Landwirtschaft kann als Plattform der Übernahme von Aufgaben dienen, die durch die Kommunen nicht mehr geleistet werden können (unterschwellige Versorgung); abhängig von der landwirtschaftlichen Besitz- und Organisationsstruktur sind dafür im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge Normen aufzubohren und Anspruchsniveaus neu zu definieren.

Das analytische Forschungsdesign orientiert sich am klassischen Ansatz der empirischen Sozialforschung, regional ausgerichtet auf die NUTs-3-Ebene. Die Befragung wird derzeit evaluiert, um in den Sommermonaten 2011 realisiert zu werden.

Die Resultate der demographischen Schrumpfung und strukturellen Erosion finden auch in den kommunalpolitischen Anforderungen ihren Niederschlag. Dabei spielen die Normen und Parameter der öffentlichen Daseinsvorsorge ebenso eine Rolle, wie altersgruppenspezifische Ansprüche an die kommunalen Haushalte. Ein marktorientiertes Angebot der Pflege wird mit geringer werdender Bevölkerungsdichte künftig immer weniger rentabel arbeiten.

Arbeitsthese: Die Anforderungen an die Pflege und Betreuung im höheren Alter, beispielhaft für Gesundheitswesen, steigen im näheren Untersuchungsraum besonders schnell. Ansprüche der Versorgung können kleinräumig stark variieren und sich in sehr kurzer Zeit neu ordnen.



Unter Berücksichtigung regionaler Einkommensunterschiede, regionaler Transferleistungen und überproportionaler Altersarmut wird die öffentliche Daseinsvorsorge zu einem Instrument der Sicherung des sozialen Friedens. Die diesbezügliche Betroffenheit privater Haushalte in den ländlichsten Räumen soll in einem abschließenden Projektabschnitt mit einer gezielten Stichprobe von Haushaltsbilanzen hochgerechnet werden. Ziel ist eine demographieabhängige der regionalen Kapitalbilanz (Frühjahr 2013).

Die abschließenden Interpretationen sollen auf die Kreierung von Kriterien hinaus laufen, die einen Entscheidungsrahmen für die eventuelle Aufgabe von Siedlungen rechtfertigen. Dabei soll die definitorische Näherung an die Formel „angemessene Lebensqualität“ unter Wahrung des Anspruchs einer öffentlichen Daseinsvorsorge erfolgen, die auch gegenüber den Regionen der Leistungsbereitstellung zu begründen ist.